SEPTEMBER 2022

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

ENTSCHULDUNGSKURIER 2022

G7-Kampagne: Schuldenberg begräbt Entwicklungsziele | Klima, Krieg und Pandemie: Was wird aus der Schuldenkrise? | Staateninsolvenzverfahren im Koalitionsvertrag | Auswirkungen des Krieges auf die Verschuldung der Ukraine | Neue Poster-Ausstellung | und vieles mehr

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

IMPRESSUM

Entschuldungskurier 2022
Eine Publikation von erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.

Redaktionsschluss: August 2022

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg realisiert.

Redaktion
Jürgen Kaiser | Elise Kopper
Mara Liebal, V. i. S. d. P. | Leo Maucher
Martin Mohn | Kristina Rehbein
Malina Stutz

Layout und Satz
Mara Liebal

Titelbilder
oben: *Malina Stutz auf dem Schuldenberg am 19. Mai 2022 in Bonn | © erlassjahr.de*
unten: *Aktivist*innen von erlassjahr.de vor dem Schuldenberg | © erlassjahr.de*

Bestellung und Information
erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211 4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Internet: www.erlassjahr.de

Bankverbindung
erlassjahr.de e. V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE19 3702 0500 0008 2477 00

INHALT

SCHWERPUNKT G7-KAMPAGNE

Schuldenberg begräbt Entwicklungsziele 4
Aktion zum Treffen der G7-Finanzminister*innen

Gerecht geht anders 6
G7-Gipfel in München

Was steckt hinter den Argumenten des Bundesfinanzministers? Malina Stutz diskutiert mit Christian Lindner 7

SCHWERPUNKT SCHULDENKRISE

Klima, Krieg und Pandemie: 8
Was wird aus der Schuldenkrise?

Schulden streichen jetzt? 11
Die Auswirkungen des Krieges auf die Verschuldung der Ukraine

„Wir brauchen den Druck der Straße!“ 13
Im Interview: *Debt for Climate*-Mitgründer Esteban Servat

Wird's jetzt endlich was? 15
Staateninsolvenzverfahren im Koalitionsvertrag

AUS BÜRO UND BÜNDNIS

erlassjahr.de mit Ökumenischem Förderpreis ausgezeichnet 18

Lieber digital feiern als gar nicht feiern! 19
20 Jahre erlassjahr.de

Neue Poster-Ausstellung 20
„Entwicklung braucht Entschuldung“

Neue Mitträger 21
Hinter den Kulissen von erlassjahr.de 22
Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle 23

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von

und mehr als 500 weiteren Mitträgerorganisationen.

Liebe Mitträger, Freund*innen und Interessierte,

ein schwarzer Trauerzug zieht über den Marktplatz von Bonn. Sein Ziel: ein großer Berg mitten auf dem Platz – **ein Berg aus Schulden**. Es werden die globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 betrauert, die durch die immer weiter steigenden Schulden schier erdrückt werden. Die Schuldenlasten der Länder des Globalen Südens werden immer größer. Unsere Botschaft: Damit die Entwicklungsziele wieder in Reichweite kommen, sind umfangreiche Schuldenerlasse notwendig. Mit dieser gelungenen Aktion hat unser Bündnis beim Treffen der Finanzminister*innen und Notenbankchef*innen der G20 im Mai in Bonn auf das Problem aufmerksam gemacht. **Wir haben es damit sogar in die Tagesschau geschafft!** Auch Bundesfinanzminister Lindner wurde aufmerksam und ließ sich auf ein kurzes Gespräch ein. Über die **Einordnung** der Gipfelereignisse in diesem Jahr in Deutschland lest ihr ab Seite 6.

Über ein weiteres besonderes Ereignis wird auf Seite 18 berichtet: **erlassjahr.de hat den Ökumenischen Förderpreis gewonnen.** Auf dem Katholikentag in Stuttgart wurde er den Mitarbeiter*innen überreicht. Eine schöne und nicht-alltägliche Ehre!

Wir erleben weiterhin Zeiten mit schweren Krisen. Erst die Corona-Pandemie (die noch längst nicht überwunden ist), dann der Krieg in der Ukraine. Und der Klimawandel hält weiter an. Ob in der Ukraine die Waffen schweigen, wenn ihr diesen Kurier in den Händen haltet? Mittlerweile sind auch wir im reichen Europa von den Auswirkungen der Krisen betroffen. Für viele Menschen in den Ländern des Globalen Südens ist das eine bereits langanhaltende Realität. Und oft geht damit einher eine zunehmende Verschuldung, die wiederum Konsequenzen für den Alltag der Menschen mit sich bringt. Das gilt auch für die **Ukraine** als angegriffenes Land *(s. S. 11)*.

Angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine mit all den Folgen für das Leben auch in Deutschland scheint der Abschluss der Koalitionsverhandlungen im Dezember 2021 sehr weit weg. Aber in dem Vertrag taucht endlich mal wieder die **Forderung nach einem Staateninsolvenzverfahren** auf, unser zentrales Anliegen. Eine Einschätzung dazu auf Seite 15.

Und zum Schluss noch die herzliche Einladung zu unserer **Jahrestagung vom 14. bis 15. Oktober in Göttingen** *(weitere Infos auf der hinteren Umschlagseite)*. Kurzfristige Anmeldungen sind noch möglich. Wir freuen uns darauf, euch dort endlich einmal wieder in Präsenz zu treffen!

Eine angeregte Lektüre wünscht

Euer Klaus Göke

Vertreter für das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Landeskirche von Westfalen im Lenkungskreis von erlassjahr.de

Foto: © Ev. Kirchengemeinde Bottrop

*Aktivist*innen vor dem Schuldenberg |© erlassjahr.de*

Schuldenberg begräbt Entwicklungsziele

Aktion zum Treffen der G7-Finanzminister*innen

Ab 9 Uhr morgens steht der Schuldenberg vor dem Alten Rathaus auf dem Bonner Marktplatz. Vier Meter hoch ist er, aus Säcken mit der Aufschrift „Schulden". Dazwischen die Forderungen der international vereinbarten Entwicklungsziele der Agenda 2030, erdrückt und zerknickt unter der Last der Verschuldung. Damit will erlassjahr.de deutlich machen, wie die Schuldenlast der Länder im Globalen Süden die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung unmöglich macht – und dass umfassende Schuldenerlasse dringend notwendig sind.

Den ganzen Tag über bleiben zahlreiche Menschen stehen, fotografieren sich vor dem Schuldenberg und kommen mit den Aktivist*innen von erlassjahr.de ins Gespräch. Es ist der 19. Mai. Zeitgleich tagen auf dem Petersberg in Königswinter, nicht weit entfernt, die Finanzminister*innen der G7. Die steigende Verschuldung der Staaten im Globalen Süden steht auf ihrer Agenda. Die G7-Staaten und insbesondere die deutsche Bundesregierung, die in diesem Jahr den Vorsitz dieser Gruppe von sieben mächtigen Staaten hat, sind die Adressaten unserer Kampagne „Globale Gerechtigkeit #stattSchuldendienst".

Die Agenda 2030 wird zu Grabe getragen

Zur Foto-Aktion und Kundgebung hat das Bündnis für 14 Uhr geladen. Begleitet von Chopins Trauermarsch setzt sich ein Zug aus ganz in schwarz gekleideten Menschen in Bewegung. Vorneweg Malina Stutz, Politische Referentin von erlassjahr.de. Sie trägt ein zwei Meter hohes Kreuz mit der Aufschrift „R.I.P. Agenda 2030". Während der Trauerzug sich langsam dem Schuldenberg nähert, verliest Bündnisratsmitglied Peter Lanzet die Trauerrede: „Wir trauern heute um die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, die unter einem massiven Schuldenberg begraben wurden. Bis 2030 wollten wir eine Welt ohne Hunger und ohne Armut. Eine Welt gerechter wirtschaftlicher und sozialer Chancen. Doch stattdessen müssen wir heute feststellen, dass allein in den letzten zwei Jahren mehr als 150 Millionen Menschen zusätzlich in die Armut gerutscht sind."

Die Aktivist*innen sind mittlerweile vor dem Berg angekommen. Sie blicken zu Boden. Peter Lanzet mahnt: „Alle bisher unternommenen Anstrengungen, etwas zu verändern, waren nur halbherzig. Schuldenerlasse bleiben leere Worthülsen. Die Politik handelt nicht. Daher begraben wir heute die Agenda 2030." Symbolisch platziert Stutz das Kreuz oben auf dem Schuldenberg. Dumpfe Gongschläge ertönen.

Doch plötzlich hallt ein Ruf über den Markplatz: „Stopp!". Die Aktivist*innen recken Schilder mit ihren Forderungen in die Höhe: „Hunger beenden #stattSchuldendienst!", „Gesundheit #stattSchuldendienst!", „Bildung für alle #stattSchuldendienst!".

Stopp! Das können und das wollen wir nicht länger hinnehmen!

Kristina Rehbein, Politische Koordinatorin von erlassjahr.de, tritt ans Mikrofon und bringt die Forderungen der Kampagne auf den Punkt: „Eine gerechtere, eine fairere Welt ist möglich! Dafür

Der Trauerzug nähert sich dem Schuldenberg | © erlassjahr.de

Der Schuldenberg begräbt die Entwicklungsziele | © erlassjahr.de

Kristina Rehbein, Politische Koordinatorin von erlassjahr.de, gibt Interviews © erlassjahr.de

braucht es eine Lösung der Schuldenkrise in den Ländern des Globalen Südens. Symbolische Gesten und leere Rhetorik wollen wir nicht hinnehmen. Die Rechte der Menschen auf Bildung, Gesundheit und ein Leben in Würde müssen endlich wieder mehr wert sein als das Recht der Gläubiger auf Schuldenrückzahlung. Die G7-Regierungen müssen die Macht der Privatgläubiger begrenzen! Wir brauchen jetzt ein Staateninsolvenzverfahren! Wir rufen hinüber zum Petersberg: Globale Gerechtigkeit #stattSchuldendienst!"

Superintendent Dietmar Pistorius vom Evangelischen Kirchenkreis Bonn, einem der offiziellen Kampagnenpartner, betont im Anschluss in einem sehr persönlichen Redebeitrag die Bedeutung von Schuldenerlassen und unterstützt die Kampagnenforderungen.

Zahlreiche Medienvertreter*innen sind vor Ort, um über die Aktion zu berichten. Beiträge erscheinen unter anderem in der Tagesschau, im WDR, im Generalanzeiger Bonn und in der Frankfurter Rundschau.

Gespräch mit Finanzminister Lindner: Problem erkannt, Gefahr leider nicht gebannt

Am Nachmittag kommt die angekündigte Gewitterfront. Der Schuldenberg muss einen heftigen Regenguss überstehen. Danach bauen die Aktivist*innen ihn wieder auf – zum Glück, denn am Abend kommt er noch mal zu einem großen Einsatz! Die Finanzminister*innen kommen von ihrem Tagungsort auf dem Petersberg herunter und Malina Stutz schafft es, Bundesfinanzminister Lindner direkt vor dem Schuldenberg in ein Gespräch über notwendige Reformschritte zur Lösung der Schuldenkrise zu verwickeln *(s. S. 7)*. Der aufregende Abschluss eines erfolgreichen Aktionstages!

Ein ganz herzlicher Dank geht an alle Kampagnen-Partner, Unterstützer*innen und helfenden Hände, die zum Gelingen der Aktion in Bonn beigetragen und den Kampagnenforderungen auch bundesweit mit Bannern, Veranstaltungen und Medienberichten Gehör verschafft haben!

Zahlreiche Kampagnenpartner und Mitträgerorganisationen unterstützten die Kampagne, indem sie das Banner mit der Kampagnenforderung aufhängten.
Links: Banner am Welthaus Bielefeld, rechts: beim Katholikentag in Stuttgart | © privat

*Aktivist*innen von Oikocredit Bayern, Mission EineWelt und erlassjahr.de fordern die G7 auf, die Privatgläubiger zu Schuldenerlassen zu verpflichten. | © erlassjahr.de*

Gerecht geht anders
G7-Gipfel in München

„Fortschritt für eine gerechtere Welt" – so lautet das Motto des diesjährigen G7-Gipfels unter deutscher Präsidentschaft. Doch zahlreiche Protestaktionen und Gegenveranstaltungen rund um das Treffen der Staats- und Regierungschef*innen Ende Juni in den bayerischen Alpen auf Schloss Elmau zeigten deutlich, dass die Vorstellungen darüber, was denn nun „gerecht" sei, weit auseinandergehen.

Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligte erlassjahr.de sich am Alternativgipfel „Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten", der am 24. Juni 2022 im Münchener EineWeltHaus und parallel online stattfand. erlassjahr.de-Referentin Malina Stutz diskutierte dabei gemeinsam mit Kolleg*innen aus den Philippinen und Bolivien die Forderung nach einem Schuldenerlass für kritisch verschuldete Staaten. In weiteren Diskussionsrunden wurden Forderungen nach globaler Steuergerechtigkeit, mehr öffentlich finanzierten sozialen Dienstleistungen und einem internationalen Lieferkettengesetz laut. Die Teilnehmenden waren sich einig: Es braucht eine internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe, keine Alleingänge der G7. Nur so können globale Wirtschaftsstrukturen geschaffen werden, die das Gemeinwohl und die Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

Für den Folgetag hatte ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter auch erlassjahr.de, zur Demonstration „Gerecht geht anders!" in München eingeladen. Etwa 6.000 Teilnehmende forderten das Ende einer Politik, die Aussterben, Klimakrise und Ungleichheit hervorruft. Auf der Theresienwiese, dem Versammlungsort der Demonstration, war erlassjahr.de mit einem Informationsstand vertreten. Gemeinsam mit Oikocredit Bayern und Mission EineWelt schlossen sich unsere Aktivist*innen dem Demozug an und machten durch einen symbolischen Trauerzug für die Agenda 2030 auf die entwicklungspolitische Dimension der Schuldenkrise im Globalen Süden aufmerksam.

Die Forderung nach einem Schuldenerlass für Länder im Globalen Süden wurde auf der Demo in München auch prominent von Aktivist*innen der neuen *Debt For Climate*-Bewegung eingefordert *(s. S. 13)*.

G7 in Deutschland: **Keine konkreten Schritte zur Lösung der Schuldenkrise**

Die Gipfelergebnisse der G7 unter deutscher Präsidentschaft lassen uns enttäuscht zurück. Zwar erkennen die Finanzminister*innen in ihrem Communiqué explizit die Notwendigkeit besserer Entschuldungsverfahren an, fassen jedoch keine konkreten Beschlüsse.
Statt allein auf die Verantwortung Chinas zu verweisen, wie Finanzminister Christian Lindner es im Gespräch mit Malina Stutz am Rande unserer Schuldenbergaktion in Bonn tat *(siehe nächste Seite)*, hätten die G7 die Chance gehabt, die größte Gläubigergruppe – private Gläubiger mit Sitz in den USA und Europa – verbindlich zur Beteiligung an Erlassen zu verpflichten. Anstatt also einen echten Beitrag zur Bewältigung der Schuldenkrisen in den Ländern des Globalen Südens zu leisten, hat die Bundesregierung die Chance der G7-Präsidentschaft ungenutzt gelassen – auf Kosten kritisch verschuldeter Länder.

Was steckt hinter den Argumenten des Bundesfinanzministers?

Malina Stutz diskutiert mit Christian Lindner

Um sich ins Goldene Buch der Stadt Bonn einzutragen, verließen die G7-Finanzminister*innen am 19. Mai 2022 kurz ihr gut abgeschottetes Tagungshaus auf dem Petersberg in Königswinter. Ein Glücksfall für uns, denn der Schuldenberg, den erlassjahr.de-Aktivist*innen just an diesem Tag vor dem Alten Rathaus aufgebaut hatten, war für sie dabei nicht zu übersehen. Mit einem Megaphon richtete sich erlassjahr.de-Referentin Malina Stutz an den vorbeilaufenden Bundesfinanzminister – und dieser stellte sich tatsächlich einem persönlichen Gespräch mit ihr! Einige seiner Aussagen stellen wir hier auf den Prüfstand.

Lindner:

„Ich habe China an seine Verantwortung erinnert."

Das ist wichtig. Denn China ist mittlerweile der größte bilaterale Gläubiger und hält etwa 9 Prozent der Forderungen an Länder im Globalen Süden. Auch wir von erlassjahr.de setzen uns kritisch mit der Rolle Chinas als Gläubiger auseinander. **Aber:** Private Gläubiger wie Banken und Fonds halten ganze 60 Prozent der Forderungen – und machen bislang kaum Anstalten, sich an Schuldenerleichterungen zu beteiligen. Das Pikante daran: Sie sind überwiegend in den USA und Europa ansässig, unterliegen also der dortigen nationalen Gesetzgebung. Fehlende Fortschritte bei der Bewältigung der Schuldenkrise allein China zuzuschreiben, lenkt deshalb von der Verantwortung der G7-Staaten ab, die Privatgläubiger endlich verbindlich an Schuldenerlassen zu beteiligen. Warum sollte China sich an gemeinsamen Entschuldungsinitiativen beteiligen, wenn die eigenen Zugeständnisse letztendlich westlichen Banken zugutekommen?

Lindner:

„Was die Einbeziehung der Privaten angeht, bin ich ganz bei Ihnen."

Nicht ganz. Denn Linder möchte die Haftung privater Gläubiger vor allem durch sogenannte Gleichbehandlungsklauseln sicherstellen. Diese sollen dafür sorgen, dass im Falle einer Schuldenkrise alle Gläubiger auf den gleichen Anteil ihrer Forderungen verzichten müssen. Doch dieses Instrument ist nicht neu und es konnte in der Vergangenheit nicht verhindern, dass Schuldenerlasse von öffentlichen Gläubigern letztendlich in die Taschen der Privaten flossen. Denn wenn – wie so oft – Schuldenkrisen verschleppt und durch neue (öffentliche) Kredite refinanziert werden, haben private Gläubiger Zeit, sich klammheimlich zurückzuziehen. **Wir fordern**, dass dieses Schlupfloch geschlossen wird und Privatgläubiger von Anfang an zur Beteiligung an Schuldenerlassen verpflichtet werden.

Lindner:

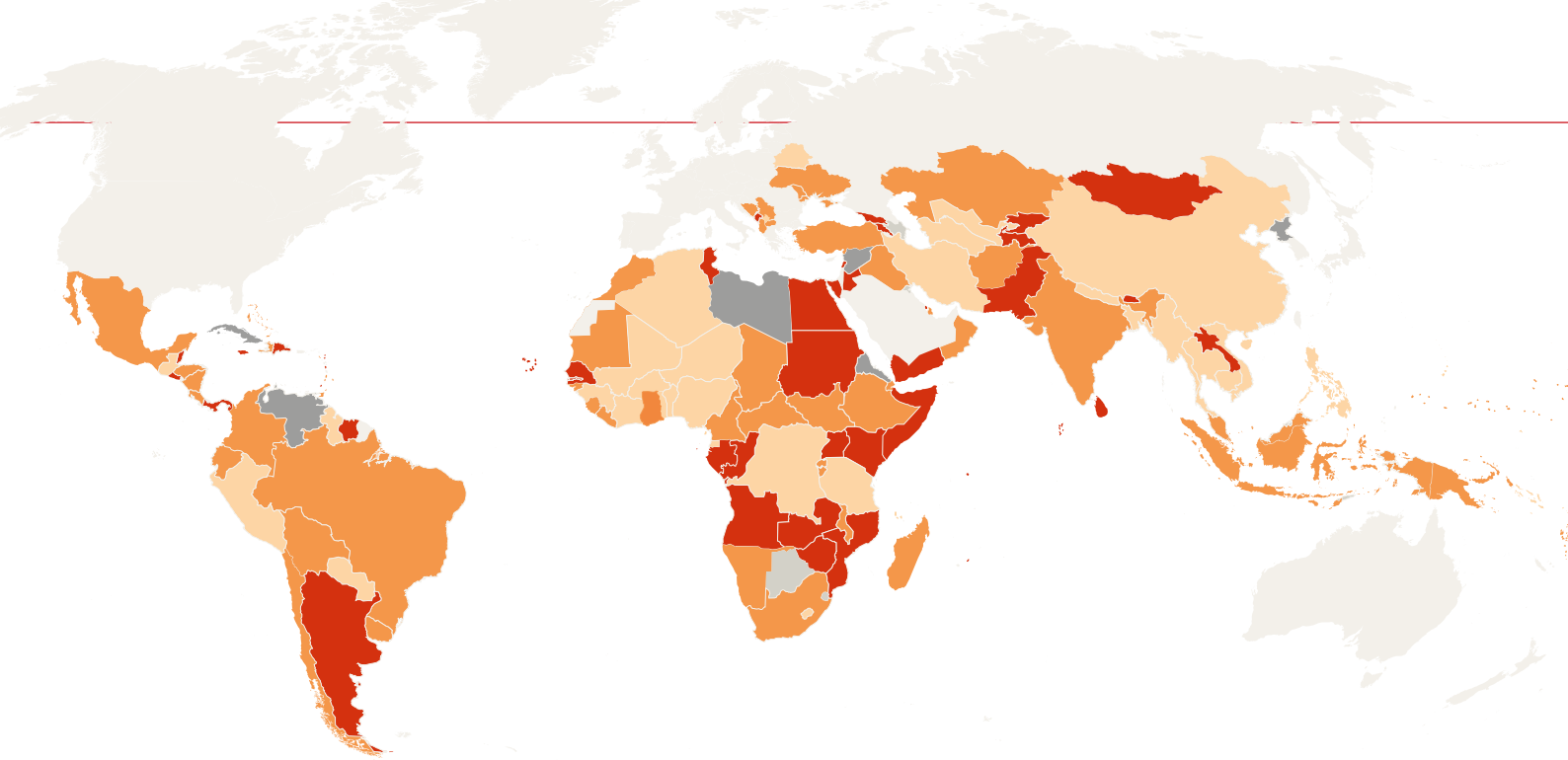
„Wir brauchen Transparenz."

Unbedingt! Aber: Transparenz brauchen wir nicht nur von chinesischer Seite, worauf Lindner hier abzielt. Für rund die Hälfte (!) der Anleihen an Staaten im Globalen Süden ist derzeit gar nicht feststellbar, wer diese hält. Das überrascht kaum, denn ausgerechnet die größte Gläubigergruppe, die der privaten Gläubiger, ist nicht verpflichtet, die eigenen Forderungen offenzulegen. Die G7-Staaten wollen sich auch hier für mehr Transparenz einsetzen, heißt es in ihrem Communiqué. Konkrete Schritte nennen sie allerdings nicht.

Im Gespräch mit dem Bundesfinanzminister: erlassjahr.de-Referentin Malina Stutz diskutiert mit Christian Lindner (rechts).

LESETIPP:

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen und weiteren Punkten aus dem Gespräch mit Christian Lindner liefert der Blog-Beitrag von Malina Stutz. Dort erklärt sie unter anderem, warum sich Lindner nicht hinter seinen Sorgen um die „globale Finanzstabilität" verstecken darf. Die Begegnung zwischen den beiden ist dort auch als Video verlinkt: *erlassjahr.de/blog/lindner-vorm-schuldenberg*



135 Länder sind laut Schuldenreport 2022 kritisch verschuldet. Klimakrise, Krieg und Pandemie verschärfen die Verschuldungssituation weiter. | © erlassjahr.de

Klima, Krieg und Pandemie: Was wird aus der Schuldenkrise?

Klimakrise, Krieg in der Ukraine und kein Ende der Corona-Pandemie in Sicht: Wer dieser Tage die Nachrichten liest, kommt an den großen Krisen dieser Zeit nicht vorbei. Sie führen dazu, dass sich die Lage kritisch verschuldeter Staaten weiter verschärft. Drängen Klimakrise, Krieg und Pandemie die Schuldenkrise von der politischen Agenda – oder kommt vor diesem Hintergrund sogar neue Bewegung in die Debatte?

Pandemie

Im Kontext der Corona-Pandemie hat sich die Verschuldungssituation in Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Im Schuldenreport 2022 haben wir gezeigt, dass 135 von 148 untersuchten Ländern kritisch verschuldet sind. 39 Länder – und damit dreimal so viele wie vor der Pandemie – befinden sich in einer besonders kritischen Situation. Darunter sind große und kleine, politisch relativ stabile und sehr fragile Staaten sowie Länder aller Weltregionen. Flächendeckende Zahlungseinstellungen wurden 2021 nur vermieden, weil die verschuldeten Länder strikte Sparmaßnahmen einleiteten: Inmitten der Krise kürzten fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land. Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel in Bildung und Infrastruktur, fallen weg. Damit wurden die Krisenkosten einseitig auf die Bevölkerung der Schuldnerstaaten überwälzt.

Zunächst führte die Verschärfung der Schuldensituation im Kontext der Pandemie dazu, dass Entschuldung wieder prominent als Instrument zur Krisenbewältigung diskutiert und ganz zögerlich auch umgesetzt wurde. Im Rahmen der Moratoriumsinitiative *Debt Service Suspension Initiative* (DSSI) boten die G20-Staaten den einkommensschwächsten Ländern der Welt an, ihren Schuldendienst 2020 und 2021 vorübergehend auszusetzen. Dieser Aufschub sollte die Länder bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und der Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen unterstützen.

In sehr begrenztem Umfang hat die Initiative einzelnen Staaten auch geholfen. Doch seit Januar 2022 müssen sie ihren Schuldendienst wieder zahlen – obwohl sich die Situation in vielen Staaten keinesfalls entspannt und durch weitere Krisen sogar weiter verschärft hat. Hinzu kommt: Ab 2023 müssen auch die ausgesetzten Zahlungen von 2020 und 2021 zusätzlich zu den dann ohnehin anfallenden Verpflichtungen zurückgezahlt werden. Dies wird für viele Länder schlicht nicht möglich sein.

Das war auch den G20-Staaten von Anfang an klar. Mit einem Ende 2020 neu geschaffenen Verhandlungsrahmen, dem *Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI*, boten sie daher an, mit einzelnen kritisch verschuldeten Ländern über weitere Schuldenerleichterungen zu verhandeln. Dieses Rahmenwerk steht allerdings, wie schon die DSSI,

nur den einkommensschwächsten Staaten offen. Mitteleinkommensländer, die auch hart von der Pandemie getroffen wurden, werden ausgeschlossen. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der 39 besonders kritisch verschuldeten Länder – wie zum Beispiel Sri Lanka oder Antigua und Barbuda – im Rahmen des *Common Framework* keine Chance auf Schuldenerleichterungen haben.

Doch auch für die begünstigten Länder bringt das *Common Framework* nicht die erhofften Erfolge: Nur drei Länder (Sambia, Tschad und Äthiopien) haben überhaupt Verhandlungen in diesem Rahmen beantragt. Erlassen wurde auch fast zwei Jahre nach Verabschiedung des Rahmenwerks noch kein einziger Dollar. Aufgrund dieser ernüchternden Bilanz nehmen auch Länder wie Pakistan oder Ghana keine Verhandlungen auf, obwohl sie am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen und Zugang zum *Common Framework* hätten. Wenn 2023 die zusätzlichen Zahlungen aus der DSSI anstehen und das *Common Framework* bis dahin immer noch nicht gegriffen hat, werden viele Länder noch tiefer in die Schuldenkrise stürzen.

Krieg

Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine *(s. S. 11)* heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an. Vor allem die Teuerung von Energieprodukten und Nahrungsmitteln ist für viele Staaten im Globalen Süden höchst problematisch. Und das aus zwei Gründen: Unmittelbar setzt sie die Zahlungsbilanz von Staaten, die auf den Import dieser Güter angewiesen sind, weiter unter Druck. Steigen die Ausgaben für überlebenswichtige Importe, während die eigenen Exporteinnahmen gleich bleiben oder sinken, müssen die Staaten entweder zusätzliche Kredite aufnehmen oder ihre Devisenreserven Stück für Stück abbauen. Beides verschärft die Überschuldungsproblematik. Darüber hinaus übt die Teuerung aber auch mittelbar einen problematischen Effekt aus. Als Reaktion auf die Teuerung und die dadurch steigenden Inflationsraten erhöhen die Zentralbanken in Ländern des Globalen Nordens – insbesondere in den USA – die Leitzinsen weiter. Höhere Zinsen im Globalen Norden führen dazu, dass die Rückzahlungsverpflichtungen von Ländern des Globalen Südens steigen und Kapital weniger bereitwillig an diese Länder vergeben wird. Schon zu Beginn der 1980er Jahre war ein plötzlicher Anstieg der US-amerikanischen Zinsen Mit-Auslöser für die Schuldenkrise der 1980er und 1990er Jahre. Eine ähnliche Entwicklung droht sich heute zu wiederholen.

Und noch ein Phänomen ist zu beobachten: Obwohl der Krieg in der Ukraine die Schuldenproblematik weiter verschärft, hat er dazu geführt, dass der Effekt der Corona-Krise verpuffte und das Thema Schulden wieder von der politischen Agenda gerutscht ist. Anfang 2022 hatte die Bundesregierung – entsprechend ihrer Willensbekundung im Koalitionsvertrag *(s. S. 15)* – die globale Schuldenkrise noch zu einem ihrer Schwerpunktthemen der deutschen G7-Präsidentschaft machen wollen. Bei den verschiedenen Gipfeltreffen spielte sie dann aber angesichts des Krieges nur noch eine untergeordnete Rolle. Folglich wurden auch dringend notwendige Schritte zur Lösung der Schuldenkrise nicht beschlossen.

Dabei zeigt gerade der Umgang mit der kritisch verschuldeten Ukraine, dass rasche und umfassende Schuldenerleichterungen möglich sind, wenn nur der politische Wille vorhanden ist: Innerhalb kürzester Zeit wurde dem Land im Sommer 2022 ein umfassendes Moratorium gewährt, an dem sich nicht nur viele Staaten, sondern auch die privaten Gläubiger mehrheitlich beteiligen. Eine solch schnelle Reaktion muss auch für andere Staaten in Krisensituationen möglich sein.

+++ Sri Lanka +++

Sri Lanka galt schon 2021 als sicherer Kandidat für die Staatspleite: Die Schuldenindikatoren des Landes zählen zu den höchsten weltweit, mit einer Verschuldung im Verhältnis zu den Staatseinnahmen von mehr als 1.000 Prozent. Doch für das Entschuldungsrahmenwerk *Common Framework* der G20 ist das Land aufgrund seines Einkommensstatus nicht qualifiziert. Am 12. April dieses Jahres gab die Regierung bekannt, Zahlungen an die ausländischen Gläubiger einstellen zu müssen – erstmalig in der Geschichte des südasiatischen Staates. Die Schuldenkrise hat eine humanitäre Katastrophe ausgelöst: Es fehlt an Nahrungsmitteln, Medizin und Treibstoff. Der vormals vergleichsweise wohlhabende Inselstaat ist dadurch in die Abhängigkeit von Spenden und Nothilfekrediten geraten.

Klima

Neben den akuten Auswirkungen von Krieg und Pandemie werden auch die Folgen der Klimakrise für die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden zunehmend dramatisch. Das spiegelt sich auch in diversen politischen Initiativen wider: Bereits 2020 und 2021 forderten etwa die *Allianz der Kleinen Inselstaaten* (AOSIS) und die *Vulnerable 20* (V20) umfassende Schuldenerlasse für besonders gefährdete Staaten. Im Mai 2022 kam Botschafter Walton Webson, der Vorsitzende von AOSIS, auf Einladung von erlassjahr.de nach Deutschland und warb bei Ministerien und Parlamentsfraktionen für diese Forderungen. Und im Frühjahr 2022 sorgte die Gründung von *Debt For Climate* für neuen Schwung in der weltweiten Entschuldungsbewegung. Die Graswurzelbewegung aus dem Globalen Süden prangert die Klimaschulden des Globalen Nordens an und fordert umfassende Schuldenerlasse für den Globalen Süden. Rund um den deutschen G7-Gipfel sorgten ihre Aktionen für großes Medienecho. Während das Schuldenthema bei den Staats- und Regierungschef*innen weitestgehend unter den Tisch fiel, sorgten die Aktivist*innen mit der Blockade des Bundesfinanzministeriums in Berlin und eines *BlackRock*-Gebäudes in München dafür, dass das Thema auf der Straße und in den Sozialen Medien weithin sichtbar wurde *(siehe Interview mit Esteban Servat von* Debt For Climate *auf Seite 13)*.

Wie geht es nun weiter?

Unsere Aufgabe als Entschuldungsbündnis bleibt, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und die Ursachen und Auswirkungen der Schuldenkrise im Globalen Süden deutlich zu benennen und ein entschiedenes Handeln der politischen Entscheidungsträger*innen einzufordern. Die multiplen Krisen drohen die Schuldenkrise, die in sich schon problematisch genug wäre, auch in Zukunft zu verstärken – und immer mehr Staaten in Zahlungsschwierigkeiten zu bringen. Unsere langjährige Forderung nach einem Staateninsolvenzverfahren und umfassenden Schuldenerlassen ist dadurch aktueller denn je. Denn solange es kein faires, transparentes und für alle Staaten zugängliches Verfahren zur Bewältigung von Schuldenkrisen gibt, werden weiterhin vor allem die vulnerablen Bevölkerungsgruppen in den Schuldnerstaaten Leidtragende der ungelösten Krise sein.

+++ Antigua und Barbuda +++

Antigua und Barbuda gehört zu den am kritischsten verschuldeten Staaten weltweit. 2020 lagen die öffentlichen Schulden im Verhältnis zu den Staatseinnahmen bei fast 500 Prozent. Gleichzeitig ist kaum ein Land stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie trafen den karibischen Inselstaat hart: Vor allem durch den Rückgang des Tourismus brach die Wirtschaftsleistung 2020 um gut 20 Prozent ein (zum Vergleich: der weltweite Durchschnitt lag bei 3,5 Prozent). Vor diesem Hintergrund unterbreitete die Regierung des Inselstaats seinen Gläubigern Anfang 2022 einen innovativen Vorschlag zur Lösung der Schuldenkrise: Die Gläubiger sollten auf 80 Prozent ihrer ausstehenden Forderungen verzichten, wenn das Geld stattdessen in soziale und ökologische Maßnahmen in Antigua und Barbuda investiert würde. Bedauerlicherweise waren die Gläubiger nicht bereit, sich auf diese Schuldenumwandlung einzulassen.

LESETIPP:

135 von 148 untersuchten Staaten im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. Im Kontext der Corona-Pandemie hat sich die weltweite Verschuldungssituation weiter verschärft. Länder in allen Weltregionen werden mit einer untragbaren Verschuldung aus der Pandemie gehen.

Der **SCHULDENREPORT 2022** von erlassjahr.de und MISEREOR analysiert die Verschuldungssituation weltweit und gibt politische Empfehlungen, wie sowohl kurz- als auch langfristig auf die Schuldenkrise reagiert werden sollte.

Bestellung: *erlassjahr.de/produkt-kategorie/schuldenreporte/*

Schulden streichen jetzt?
Die Auswirkungen des Krieges auf die Verschuldung der Ukraine

Am 24. Februar 2022 begann der russische Angriff auf die Ukraine. Das Land steht seitdem politisch, militärisch und wirtschaftlich vor extrem großen Herausforderungen. Eine davon ist, den Staat fiskalisch handlungsfähig zu halten. Denn Gehälter im öffentlichen Dienst, nicht zuletzt die des Militärs, müssen weiterhin gezahlt werden. Und in den derzeit nicht umkämpften Gebieten soll auch weiterhin ein annähernd normales Wirtschaftsleben möglich sein. Dafür mobilisiert die Ukraine große Summen, die den Schuldenberg des Landes rasant ansteigen lassen. Nach Ende des Krieges wird sich die Frage stellen, wie die Ukraine und ihre Gläubiger mit dieser Schuldenlast umgehen werden.

Die Ukraine finanziert den Krieg einerseits aus heimischen Quellen, insbesondere durch Kriegsanleihen in der Landeswährung *Hrywnja*. Zum anderen bekommt sie hohe Summen von westlichen Regierungen und multilateralen Institutionen. Diese Finanzierungen aus dem Ausland können in drei Kategorien eingeteilt werden: militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe. Während die ersten beiden Kategorien grundsätzlich als Zuschüsse gewährt werden, wird die finanzielle Hilfe – nicht ausschließlich, aber hauptsächlich – in Form von Krediten vergeben. Sie wirkt sich damit auf die schon vor Beginn des Krieges angespannte Verschuldungssituation der Ukraine aus.

Die Verschuldung der Ukraine

Bereits im Schuldenreport 2022, der im Januar und damit noch vor dem Krieg erschien, bewerten wir die Verschuldungssituation der Ukraine als „kritisch". Vier von fünf untersuchten Schuldenindikatoren überschreiten die Grenzwerte. Besonders hoch ist der Auslandsschuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat sich die Verschuldungssituation weiter verschlechtert.

Weitere Informationen liefert das regelmäßig aktualisierte Länderprofil zur Ukraine: *erlassjahr.de/laenderinfos/ukraine*

Die Ukraine hat im Krieg keine Chance, weiter Anleihen zu platzieren oder gar Kredite von privaten Banken zu erhalten. Daher sind diese Unterstützungen von öffentlicher Seite, also von anderen Regierungen oder multilateralen Institutionen, der Rettungsring, der den Staat fiskalisch handlungsfähig hält.

Zum 31. Dezember 2021 gab das ukrainische Finanzministerium den Stand der öffentlichen Auslandsschulden noch mit rund 47 Milliarden US-Dollar an. Seit Kriegsbeginn bis Ende Juni sind laut *Ukraine Aid Tracker* der Universität Kiel Kreditfinanzierungen in Höhe von rund 26 Milliarden US-Dollar hinzugekommen – ein Anstieg von mehr als 50 Prozent innerhalb weniger Monate.

Zudem geht die Weltbank für 2022 von einem kriegsbedingten Einbruch der ukrainischen Wirtschaftsleistung um rund 45 Prozent aus. Die steigenden Schulden und die gleichzeitig dramatisch eingebrochene Wirtschaftsleistung führen zu einer Vervierfachung des Verhältnisses von Schulden zu Wirtschaftsleistung. Die Staatsschuldenquote läge damit in einer Größenordnung, die derzeit etwa der fiskalisch komplett handlungsunfähige Libanon inmitten seiner schlimmsten Wirtschaftskrise aufweist.

Wiederherstellung von Schuldentragfähigkeit: unter welchen Rahmenbedingungen?

Jeder Tag, den der Krieg andauert, erhöht nicht nur die Schäden und die Kosten des Wiederaufbaus – die aktuell schon auf bis zu 750 Milliarden US-Dollar beziffert werden –, sondern führt bei anhaltender finanzieller Unterstützung aus dem Ausland auch zu einer weiteren Verschärfung des Überschuldungsproblems. Was bedeutet das für die Zeit nach dem Krieg und die Schuldentragfähigkeit des Landes?

Klar ist bereits jetzt: Die Ukraine wird mit Kriegsende nicht einfach zu einem regulären Schuldner-Gläubiger-Verhältnis mit seinen externen Kreditgebern zurückkehren und seine Zahlungsverpflichtungen aus der Vorkriegszeit sowie die neuen Kredite, die während des Krieges gewährt wurden, nicht zurückzahlen können. Auch der Aggressor Russland wird kaum zu einer angemessenen Beteiligung an der Beseitigung der angerichteten Schäden herangezogen werden können.

Vor diesem Hintergrund fordern Teile der internationalen Entschuldungsbewegung eine sofortige und umfassende Schuldenstreichung zugunsten der Ukraine. erlassjahr.de steht dieser Forderung zum jetzigen Zeitpunkt jedoch kritisch gegenüber, denn solange nicht sicher zu sagen ist, ob und wie die Ukraine als souveräner Staat weiter besteht, ist fraglich, wem der Erlass letztendlich zugutekäme. Im schlimmsten Fall wäre eine solche Schuldenstreichung ein unfreiwilliges Geschenk westlicher Gläubiger an einen künftigen russischen Vasallenstaat.

Realistische Optionen

Was sollte stattdessen geschehen? Wie könnte eine Überwindung der untragbaren ukrainischen Schulden mit der Finanzierung des Wiederaufbaus verbunden werden? Ein umfassender Schuldenerlass könnte und sollte tatsächlich Teil der Lösung sein – jedoch eingebettet in ein strukturiertes Verfahren, das auf bewährte Instrumente zurückgreift:

Diese Brücke im Außenbezirk von Irpen wurde durch Bomben zerstört. Jeder Tag, den der Krieg andauert, erhöht die Schäden und die Kosten des Wiederaufbaus.
© Shutterstock.com / Drop of Light

Schuldenmoratorium
Ein Schuldenmoratorium, also die Aussetzung des Schuldendienstes für einen bestimmten Zeitraum, kann ein erster Schritt in einem solchen Verfahren sein. So wird das Land von seinen akuten Zahlungsverpflichtungen befreit und das freigewordene Geld kann für dringendere öffentliche Ausgaben genutzt werden. Tatsächlich hat die Ukraine – nach anfänglichem Zögern – seine internationalen Gläubiger im Juli 2022 um einen solchen Zahlungsaufschub gebeten. Deutschland und andere bilaterale Gläubiger haben dem zugestimmt: Der Schuldendienst für ihre Forderungen wird nun bis zum 31.12.2023 ausgesetzt. Anders als bei der Moratoriumsinitiative der G20 (*Debt Service Suspension Initiative*, DSSI) haben im Fall der Ukraine sogar die wichtigsten privaten Gläubiger (unter anderem *BlackRock* und *Allianz*) zugesagt, dass sie sich am Moratorium beteiligen. Diese Maßnahme hilft nicht nur akut, sondern kann nach dem Krieg auch den Raum schaffen für eine kohärente Umschuldung unter Einschluss aller Forderungen.

Unabhängige Schuldentragfähigkeitsanalyse
Ein zweiter Schritt wäre eine von unabhängiger Seite erstellte Schuldentragfähigkeitsanalyse. Damit wird festgestellt, welche Schuldenrückzahlungen für einen Staat noch leistbar sind und welche nicht mehr. In der Vergangenheit wurden diese Analysen meist vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank erstellt. Diese Institutionen sind im Fall der Ukraine durch ihre Rolle als bedeutende Kriegskreditgeber allerdings selbst als Gläubiger betroffen und damit nicht unabhängig. Die Ukraine und ihre Gläubiger könnten sich stattdessen gemeinsam auf eine Beurteilung durch eine kompetente UN-Organisation, einen bewährten Think-Tank, eine Universität oder eine Wirtschaftsberatungsfirma verständigen.

Schuldenkonferenz
Als dritter Schritt sollte nach Ende des Krieges eine „Schuldenkonferenz" einberufen werden, etwa nach dem Vorbild der Londoner Konferenz von 1952/53, bei dem die (west-)deutschen Vor- und Nachkriegsschulden in einem kohärenten Verfahren auf ein tragfähiges Niveau reduziert werden konnten. Ein solches Verhandlungsformat unter Einschluss aller Gläubiger stellt sicher, dass alle finanziellen Forderungen auf den Tisch kommen und eine nachhaltige Lösung gefunden wird, die dem Land einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglicht.

Schuldenumwandlungen
Ein weiterer Schritt betrifft die privaten Gläubiger des Landes, also etwa Banken und Fonds: Sie sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Forderungen in Investitionen umzuwandeln, zum Beispiel in den Wiederaufbau in der Ukraine (sog. *Debt to Equity Swaps*) oder die Entwicklung (*Debt for Development Swaps*). Dafür müssten sie zwar hohe Abschläge von mindestens 90 Prozent in Kauf nehmen, könnten aber zumindest einen Teil ihres Geldes retten und sinnvoll investieren.

Reformen der Strukturen multilateraler Finanzinstitutionen
Ein letzter Schritt sollte schließlich auch strukturelle Änderungen umfassen: So sollte der IWF den Krieg in der Ukraine zum Anlass nehmen, seine Politik der Zinsaufschläge grundsätzlich zu überdenken. Diese „Strafzinsen" brummt der IWF Ländern auf, die IWF-Ressourcen länger als vorgesehen oder über die Quote des Landes hinaus in Anspruch nehmen – und belastet damit gerade Länder, die sich in akuten Krisen befinden, zusätzlich. Im Fall der Ukraine belaufen sich diese Strafzinsen in den Jahren 2021 bis 2023 auf gewaltige 423 Millionen US-Dollar.

Ausblick

Mit der Gewährung des Schuldenmoratoriums wurde bereits eine wichtige Maßnahme beschlossen, um die Ukraine in ihrer jetzigen Situation zu entlasten. Ob auch die weiteren vorgeschlagenen Schritte so oder ähnlich umgesetzt werden, ist noch nicht absehbar – genauso wenig wie ein baldiges Ende des Krieges, das wir uns alle wünschen. Der Umgang mit den steigenden Staatsschulden ist sicher nicht die drängendste Herausforderung, vor der das Land gerade steht. Doch spätestens dann, wenn es um den Wiederaufbau des Landes geht, wird sie eine große Rolle spielen. Die internationale Gemeinschaft tut deshalb gut daran, bereits jetzt entsprechende Pläne vorzubereiten.

Im Interview: *Debt for Climate*-Mitgründer Esteban Servat **„Wir brauchen den Druck der Straße!“**

Esteban Servat | © Stefan Mueller

Nach zehn Jahren Arbeit im Silicon Valley kehrte Esteban Servat in sein Heimatland Argentinien zurück, um in der Region Vaca Muerta ein „Eco Village“ aufzubauen. Als die Regierung mit Fracking-Projekten in der Region begann, veröffentlichte er eine bis dahin geheime Studie der Regierung, die die dramatischen Folgen für Mensch und Natur aufzeigte. Heute lebt er in Berlin und ist eine der Stimmen von *Debt for Climate*. Unsere Öffentlichkeitsreferentin Mara Liebal hat ihn virtuell getroffen und über die Ziele der neuen globalen Bewegung befragt.

» Esteban, wie bist du als Klimaaktivist dazu gekommen, dich mit dem Schuldenthema zu beschäftigen?

Schon vor 20 Jahren war ich in Argentinien auf der Straße, als die Menschen in meinem Heimatland gegen die Sparpolitik des Internationalen Währungsfonds aufbegehrt haben. Heute ist Argentinien wieder hoch verschuldet. Unter dem rechts-konservativen Präsident Macri nahm das Land den höchsten Kredit auf, den der IWF je vergeben hat: 44 Milliarden US-Dollar! Doch das Geld hat unser Land wieder verlassen, ohne dass die Bevölkerung davon profitiert hat. Die Schulden sind geblieben und das Land ist wieder in der Hand des IWF. Um die Schulden zurückzuzahlen, ist Argentinien gezwungen, mehr fossile Brennstoffe zu fördern, die Expansion der Bergbauindustrie voranzutreiben und immer mehr Wälder zu roden.

» Wie entstand die *Debt for Climate*-Bewegung?

Wie ich selbst setzen sich viele Aktivist*innen bei *Debt for Climate* gegen die extraktivistische Ausbeutung des Globalen Südens durch die Unternehmen des Globalen Nordens ein. Wir kämpfen an vorderster Front gegen Fracking, Bergbau und Entwaldung – aber alleine sind wir zu schwach. Um globale Durchbrüche zu erzielen, müssen wir zusammenarbeiten.

Eine zentrale Herausforderung ist, die Arbeiter*innen auf unsere Seite zu kriegen. Die Regierungen spielen die Gewerkschaften gegen die Klimaaktivist*innen aus, indem sie ihnen sagen, dass die Unternehmen doch für ihre Jobs sorgen. Die Verschuldung in den Mittelpunkt zu rücken, lässt uns das Problem auf einer übergeordneten Ebene angehen. Wir wenden uns an den IWF, die Weltbank und andere Finanzinstitutionen, die die Verantwortung für diese Schulden tragen. Das eigentliche Problem ist der Kapitalismus.

Wir müssen die Schulden mit der Klimakrise in Verbindung bringen, um den Druck für einen umfassenden Schuldenerlass und eine echte Änderung der Finanzstrukturen zu erhöhen.

Indem wir die Verschuldung in den Fokus nehmen, erreichen wir eine breite Koalition. Alle, auch die Arbeiterschaft und die breite Bevölkerung, spüren die Last der Verschuldung – ob in Argentinien, Südafrika oder Sri Lanka. Die Corona-Pandemie hat die Situation noch verschärft. Und jetzt kommen auch noch die Inflation und die Ernährungskrise hinzu. Wir steuern auf eine riesige Schuldenkrise im Globalen Süden zu! Dabei sollte der Globale Süden weder für die Schulden- noch für die Klimakrise aufkommen müssen, denn für beide Krisen sind reiche Länder wie die G7-Staaten verantwortlich.

» Welche Ziele möchte *Debt for Climate* erreichen?

Unser Ziel ist internationale Solidarität. Wir wollen die Stimmen der Menschen in Südafrika, in Argentinien, Indonesien, Sri Lanka, Bolivien und vielen anderen Ländern zusammenbringen und verstärken, damit sie in den Machtzentren des Globalen Nordens gehört werden.

Wir wollen politischen Druck von der Straße aufbauen und so die Macht-

In Aktion: Debt For Climate-*Aktivist*innen in Garmisch-Partenkirchen* | *© privat*

verhältnisse verändern. Wir wollen die globale Debatte um Klimagerechtigkeit beeinflussen und einen Schuldenerlass erreichen. Statt ihre untragbar hohen Schulden bezahlen zu müssen, sollten die Staaten im Globalen Süden die Möglichkeit bekommen, in ihre Bevölkerung und ihre Umwelt zu investieren.

» erlassjahr.de setzt sich für die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens ein, bei dem ein Schuldnerland mit allen seinen Gläubigern in einem fairen und transparenten Verfahren über notwendige Erlasse verhandeln kann. *Debt for Climate* fordert deutlich plakativer gleich die Streichung der Schulden. Wie stehen diese Forderungen zueinander?

Bisher hat dieser institutionelle Ansatz, also die Gläubiger zu Gesprächen einzuladen, nichts gebracht. Es geht hier um Macht. Wer Macht hat, gibt diese nicht freiwillig ab. Wir glauben deshalb, dass ein institutioneller Ansatz nur dann funktionieren kann, wenn durch massiven Druck von der Straße das Machtungleichgewicht verändert wird. Alle sozialen Rechte, alle Arbeiter*innenrechte wurden im Kampf errungen. Wir müssen Druck aufbauen, damit wir am Verhandlungstisch mehr Macht haben. Wie genau diese Verhandlungen dann aussehen, das können wir an diesem Punkt nicht sagen.

Zuallererst brauchen wir die Menschen auf der Straße, um unsere Forderung zum Mainstream zu machen – ähnlich wie die *Fridays for Future*-Bewegung die Debatte um Klimagerechtigkeit zu einem Mainstream-Thema gemacht hat. Aktuell ist es uns wichtig, den Klimaaktivist*innen im Globalen Norden klar zu machen, dass auch sie von Schuldenerlassen für den Globalen Süden profitieren. Wenn wir erreichen, dass weniger fossile Brennstoffe gefördert werden, dann wäre das einer der größten Erfolge für die weltweite Klimabewegung.

»Ein entscheidendes Merkmal der *Debt for Climate*-Bewegung ist, dass sie von der Basis ausgeht und von Akteuren aus dem Globalen Süden angeführt wird. Haben Menschen im Globalen Süden einen anderen Blick auf Klimagerechtigkeit?

Menschen im Globalen Süden haben oft das Gefühl, dass die politische Agenda von Aktivist*innen aus dem Globalen Norden vorgegeben wird. Aber es geht eben nicht nur um das 1,5-Grad-Ziel. Wir müssen auch über Verschuldung sprechen, über die Auswirkungen des Kolonialismus, Reparationsforderungen, Sklaverei, die Verluste und Schäden durch den Klimawandel. All diese Themen müssen Teil der Debatte sein. Mit der *Debt for Climate*-Bewegung bringen wir diese Themen in die Diskussion ein.

Wir sind sehr stolz darauf, dass unsere Bewegung vom Globalen Süden und von Graswurzel-Initiativen angeführt wird. Wir arbeiten mit allen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich uns anschließen wollen, zusammen. Aber es muss klar sein, dass die Agenda dieser Kampagne von der Basis ausgeht.

» Wir können unsere Forderung gemeinsam verstärken. Wir spielen verschiedene Instrumente in derselben Symphonie. «

» Wie können wir – *Debt for Climate* und erlassjahr.de – zusammenarbeiten?

Ich denke, hier wird sich eine Symbiose auftun. Viele NGOs haben großartige Arbeit geleistet, und das, was wir tun, ist die Ergänzung dazu: Wir bauen den Druck auf der Straße auf, um die Machtverhältnisse und die Debatte zu verändern.

NGOs wie erlassjahr.de mit festen Strukturen, einer großen Mitträger-

schaft und etablierten Kommunikationskanälen, können helfen, das, was wir auf der Straße machen, in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir können unsere Forderung gemeinsam verstärken, jeder trägt seinen Teil bei. Wir spielen verschiedene Instrumente in derselben Symphonie.

» Wie können Menschen bei euch aktiv werden?

Wir werden weiterhin globale Kampagnen organisieren und laden ein, mit uns auf die Straße zu gehen. Der nächste Zeitpunkt wird das Treffen von IWF und Weltbank im Oktober sein. Wir nehmen das als Anlass, im Vorlauf zur UN-Klimakonferenz im November das Thema Finanzkolonialismus anzugehen. Wir rufen auf, mit uns auf die Straße zu gehen und versuchen, noch mehr Gewerkschaften und Klimabewegungen aus der ganzen Welt in unsere Bewegung einzubeziehen.

Es hilft uns auch, wenn Menschen die Bilder und Videos unserer Proteste in den Sozialen Medien teilen.

Darüber hinaus arbeiten wir derzeit fast komplett ohne Finanzierung. Wir sind gerade dabei, Finanzierungen zu finden, um langfristig nachhaltig arbeiten zu können. Falls jemand also die Möglichkeit hat, uns finanziell zu unterstützen, freuen wir uns auch darüber.

Mitmachen

Weitere Informationen zu *Debt for Climate* auf *www.debtforclimate.org* und bei Facebook, Twitter und Instagram unter *@DebtForClimate*. Derzeit ruft die Bewegung auf, dem Finanzkolonialismus im Aktionszeitraum vom 14. Oktober (IWF/Weltbank-Jahrestagung) bis zum 6. November (UN-Klimakonferenz) den Kampf anzusagen. Regelmäßig finden virtuelle Einführungsveranstaltungen für Interessierte statt. Anmeldung und weitere Informationen per Mail an *info@debtforclimate.org*.

SPD, Grüne und FDP verpflichten sich im Koalitionsvertrag, nachhaltige Lösungen für die globale Schuldenkrise zu schaffen.

Wird's jetzt endlich was?
Staateninsolvenzverfahren im Koalitionsvertrag

Im letzten Entschuldungskurier riefen wir an dieser Stelle dazu auf, mit Plakaten, Buttons, Fotos und Gesprächen die großen Parteien im Wahljahr dazu aufzufordern, die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens zum Regierungsprogramm zu machen. Mit Erfolg!

Auf Seite 154 des Koalitionsvertrags der Ampelkoalition heißt es:

„Unser Ziel ist ein neuer internationaler Schuldenmanagementkonsens. Wir unterstützen eine Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das alle Gläubiger miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt."

Diesmal alles anders?

Damit erklärte die neue Regierung die Absicht, ein rechtsstaatliches Entschuldungsverfahren zu schaffen. Allerdings nicht zum ersten Mal – denn bereits die Koalitionsverträge von 2002 und 2009 sahen dieses Ziel vor. Neu ist diesmal jedoch, dass bereits in den Wahlprogrammen aller drei Regierungsparteien entsprechende Absichtserklärungen enthalten waren.

Neu ist auch, dass wir uns heute mitten in einer akuten Schuldenkrise befinden. Viele Länder im Globalen Süden können die Last der Verschuldung nicht mehr tragen. Ihnen gelingt es kaum noch, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Auch internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sind alarmiert. Sie warnen vor den Gefahren der steigenden Verschuldung und fordern Gläubigerregierungen dazu auf, ihre Maßnahmen zur Krisenbewältigung rasch zu verbessern. Denn die im Zuge der Corona-Pandemie geschaffenen Entschuldungsinitiativen waren unzureichend. Sie konnten die sich immer mehr zuspitzende Schuldenkrise im Globalen Süden nicht entschärfen. In dieser Lage wird einmal mehr deutlich: Ein Staateninsolvenzverfahren muss her!

Was ist bisher geschehen?

Kurz nach Verabschiedung des Koalitionsvertrags übernahm die neue Regierung den Vorsitz der G7. Auch über eine Lösung der globalen Schuldenkrise wollten die sieben einfluss-

reichen Staaten diskutieren. Doch die Ergebnisse der diversen Gipfeltreffen zeigen: Echte Reformen oder gar die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens standen weder beim deutschen Vorsitz noch bei den anderen beteiligten Regierungen weit oben auf der Agenda.

Dabei wären konkrete Schritte zur Verbesserung des aktuellen Umgangs mit Schuldenkrisen durchaus möglich gewesen: Die G7-Staaten hätten auf nationaler Ebene Gesetze für die Einbeziehung privater Gläubiger in Entschuldungsvereinbarungen anstreben können. Doch anstatt auf die eigene Verantwortung zu schauen, verloren sich die Diskussionen im Rahmen der G7 im geopolitischen Konflikt zwischen westlichen Staaten und dem größten öffentlichen Gläubiger China. Deutschland als vorsitzendes Land hat hier die große Chance verpasst, eigene, fortschrittliche Impulse zu setzen und seinem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein Stück näher zu kommen.

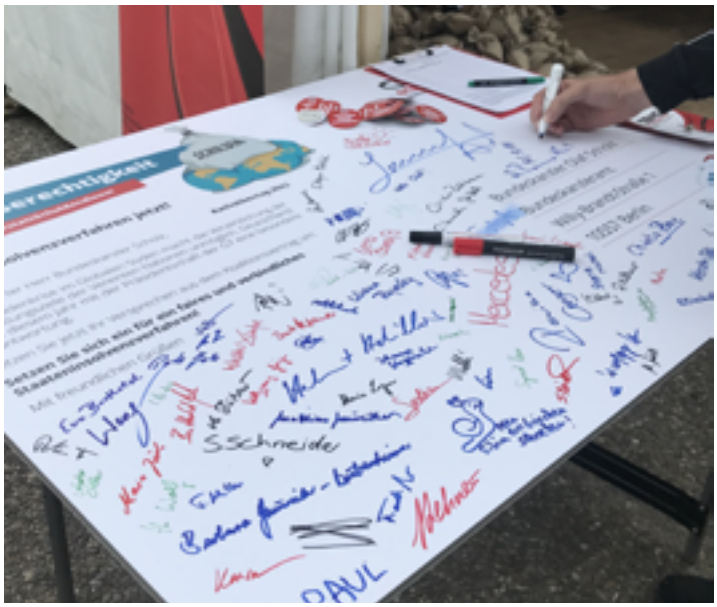
Auch in anderen internationalen Kontexten, etwa innerhalb der Europäischen Union oder im Dialog mit wichtigen Partnerstaaten wie Großbritannien oder den USA, gibt es kaum Fortschritte. Die politisch Verantwortlichen in den deutschen Ministerien verweisen hier gerne auf einen fehlenden Konsens oder mangelnde Kooperationsbereitschaft.

In Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen zeigt sich zudem, dass Teile der Bundesregierung gar keinen großen Handlungsbedarf mehr sehen: Für sie entspricht das sogenannte *Common Framework* schon dem, was sie unter einem fairen Verfahren für Umschuldungen verstehen. Doch dieses Rahmenwerk, das von den G20-Staaten bereits im November 2020 als Reaktion auf die Corona-Pandemie verabschiedet worden war, hat große Mängel: Es steht nur einer sehr begrenzten Auswahl an Schuldnerländern zur Verfügung und bezieht explizit nicht alle Gläubiger mit ein. Zudem entscheiden weiterhin allein die Gläubiger darüber, wann und unter welchen Umständen Schulden erlassen werden. Das sind ganz entscheidende Unterschiede zu einem umfassenden Staateninsolvenzverfahren im Sinne unserer Forderung. Denn ein solches muss für alle Staaten geöffnet sein, alle Gläubiger verpflichten und ein faires Verfahren garantieren. Diese Mängel des Rahmenwerks zeigen sich auch in der Praxis: Nur drei Staaten haben seit seiner Verabschiedung überhaupt eine Entschuldung unter dem *Common Framework* beantragt. Noch kein einziges Verfahren hat bislang zu Schuldenerleichterungen geführt.

Was muss jetzt passieren?

Um einen echten Beitrag zur Lösung der globalen Schuldenkrise zu leisten, darf sich die Bundesregierung deshalb nicht hinter dem *Common Framework* oder der mangelnden Kooperation internationaler Partner verstecken.

Den Auftrag im Koalitionsvertrag zu erfüllen, muss dabei keineswegs bedeuten, entweder den großen Wurf zu wagen oder gar nichts zu tun. Es kann auch bedeuten, einzelne Elemente eines Staateninsolvenzverfahrens umzusetzen und kleinere Schritte hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit bei Umschuldungsverhandlungen auf den Weg zu bringen. Diese Schritte müssten auch bestehende Verfahren wie das *Common Framework* nicht automatisch ersetzen oder schwächen,



*Staateninsolvenzverfahren jetzt! Zahlreiche Besucher*innen forderten Bundeskanzler Olaf Scholz beim Katholikentag in Stuttgart auf, sein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag in die Tat umzusetzen.*
© erlassjahr.de

erlassjahr.de-Mitarbeiterin Malina Stutz brachte die Riesen-Postkarten zum Kanzleramt.
© erlassjahr.de

sondern könnten sie effizienter, fairer und attraktiver für Schuldnerländer gestalten.

Es braucht jetzt mutige Politiker*innen, die es wagen, einen proaktiven Diskurs darüber zu führen, wie der Auftrag im Koalitionsvertrag konkret zu verstehen und umzusetzen ist. Im Bundestag sehen wir einzelne Abgeordnete, die sich des Themas engagiert annehmen. Auch gibt es – anders als noch 2002 und 2009 – zahlreiche Vorschläge für eine Verbesserung bestehender Entschuldungsverfahren von Staaten und Staatenzusammenschlüssen aus dem Globalen Süden. Die Bundesregierung sollte solche Initiativen unterstützen und die Chance ergreifen, auch außerhalb von G7, G20 und EU neue Koalitionen zu schmieden.

*Vorschläge für bessere Entschuldungsverfahren hat unter anderem die Allianz kleiner Inselstaaten (AOSIS) ausgearbeitet. erlassjahr.de organisierte im Mai zahlreiche Begegnungen des AOSIS-Vorsitzenden Walton Webson mit politischen Entscheidungsträger*innen in Deutschland, hier mit Staatssekretärin Jennifer Morgan im Auswärtigen Amt. | © privat*

Als Zivilgesellschaft können wir hier zwei zentrale Rollen spielen: Auf der einen Seiten können wir die Forderungen aus dem Globalen Süden stärken, indem wir Initiativen aus betroffenen Staaten zum Beispiel mit Entscheidungsträger*innen auf deutscher Seite zusammenbringen. Auf der anderen Seite müssen wir die Bundesregierung immer wieder an ihre Verantwortung erinnern – sowohl im direkten Gespräch als auch durch öffentlichen Druck. Dafür brauchen wir auch weiterhin ein starkes Bündnis und eure tatkräftige Unterstützung!

Einstiegshandbuch in das Schuldenthema: **„Von Gläubigern und Schuldnern: Informationen und Lösungsideen zur Schuldenkrise im Globalen Süden“**

Das Handbuch zeigt, wie Schuldenkrisen entstehen und wie das Fehlen koordinierter Verfahren bislang verhindert, dass sie zeitnah und fair gelöst werden können. Doch die Regeln des Finanzsystems und des Schuldenmanagements sind von Menschen gemacht und können von Menschen verändert werden Mit dem Wissen aus diesem Handbuch werdet ihr im Handumdrehen Expert*innen für faire Schuldner-Gläubiger-Beziehungen.

Für alle, die neu im Thema sind oder (wieder) einsteigen wollen in die Arbeit für faire Entschuldung!
Zu bestellen als klimaneutrale Print-Version oder kostenlos als Download:
erlassjahr.de/produkt/handbuch-von-glaeubigern-und-schuldnern/

*Dagmar Pruin (r.), Präsidentin von Brot für die Welt, überreichte den Preis an die erlassjahr.de-Mitarbeiter*innen Mara Liebal (l.) und Kristina Rehbein (2.v.r.) sowie Herma Geiß (2.v.l.), die die Mitträgerorganisation Attac Aalen im Bündnisrat vertritt. | © Rudelfotos*

erlassjahr.de mit Ökumenischem Förderpreis ausgezeichnet

Gemeinsam mit zwei weiteren Initiativen wurde das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de am 27. Mai 2022 auf dem Deutschen Katholikentag mit dem 7. Ökumenischen Förderpreis ausgezeichnet. Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre von Brot für die Welt und dem Katholischen Fonds gemeinsam vergeben.

Die Jury, bestehend aus dem Klimaaktivisten und Misereor-Partner Gabriel Klaasen, dem Augsburger katholischen Bischof Bertram Meier sowie Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt, zeichnete erlassjahr.de in der Kategorie „Digitalisierung im Globalen Lernen“ aus.

In ihrer Laudatio lobte Dagmar Priun den neuen, digitalen Bildungsansatz des Bündnisses, der es während der Corona-Pandemie ermöglichte, Veranstaltungen mit Teilnehmenden aus der ganzen Welt durchzuführen. Pruin sagte dazu, die schnelle Umstellung von erlassjahr.de auf ein digitales Arbeiten habe den Aktionsradius der Kampagne bedeutend vergrößert und die Netzwerkarbeit intensiviert: „Seitdem können internationale Partner besser in aktuelle Entschuldungsdebatten einbezogen werden.“

Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung und bedanken uns für die Wertschätzung unserer Arbeit! Das Preisgeld wollen wir dazu nutzen, auch in Zukunft die größtmögliche Reichweite für unsere Forderung zu erreichen.

Bildungsarbeit:

Schuldenkrisen treffen Menschen

Unter *erlassjahr.de/mitmachoption/bildung* bieten wir zahlreiche Aktivitäten für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit an. Die Methoden reichen von assoziativen Impulsen, Schätzspielen, Rechenaufgaben und Textanalysen, die gut in den Rahmen einer Unterrichtsstunde passen, bis zu einem mehrstündigen Rollenspiel. Sie eignen sich für den Unterricht der Sekundarstufe II von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen und für die außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Die ursprüngliche Broschüre wurde um Schwerpunkt-Module zu den Themenbereichen „Schulden und Klimakatastrophen“ sowie „Schulden und Corona“ ergänzt.

LESETIPP:

Die **LAUDATIO** von Pfarrerin Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt, könnt ihr auf unserer Webseite lesen: *erlassjahr.de/news/erlassjahr-de-mit-oekumenischem-foerderpreis-ausgezeichnet*

Lieber digital feiern als gar nicht feiern!

20 Jahre erlassjahr.de

„Unser Bündnis hat Geburtstag – und das wollen wir feiern!" Unter diesem Motto hatte erlassjahr.de am 6. Dezember zu einem digitalen Jubiläums-Café eingeladen. Denn an diesem Tag vor genau 20 Jahren fand in Münster die Vereinsgründung des Bündnisses statt. Zwar konnten wir uns zu diesem Anlass Corona-bedingt nicht persönlich treffen, dafür waren online aber Menschen aus ganz Deutschland und vereinzelt sogar aus dem Ausland zugeschaltet.

Nach einer Begrüßung durch Bündnisratsmitglied Klaus Göke kamen in einer kurzen Vorstellungsrunde erst einmal alle Geburtstagsgäste zu Wort. „Was verbindet dich mit erlassjahr.de?" war die Frage, die von allen mit Freude und in Erinnerungen schwelgend beantwortet wurde.

Es folgte ein Blick auf die digitale Jubiläums-Plattform, die vorab von Menschen aus der ganzen Welt mit Glückwünschen, Fotos oder Erzählungen gefüllt worden war. Hier waren etwa Fotos vom legendären „Debt Workout" oder ein Backrezept für ein Staateninsolvenzverfahren zu finden – und viele Erinnerungen, die mündlich von den Anwesenden noch rege ergänzt wurden. Zum feierlichen Höhepunkt des Nachmittags zündeten die Teilnehmer*innen mit den ihnen vorab zugesandten Jubiläums-Zündhölzern jeweils eine Geburtstagskerze an und sangen inbrünstig „Viel Glück und viel Segen" im unfreiwilligen Zoom-Kanon.

Screenshot der virtuellen Jubiläumsfeier am 6. Dezember 2021 © erlassjahr.de

Auch ein fachlicher Input durfte nicht fehlen: Kristina Rehbein, Politische Koordinatorin des Bündnisses, stellte besondere Momente aus der politischen Arbeit für ein Staateninsolvenzverfahren aus den letzten 20 Jahren vor. Auch wenn es ein solches Verfahren bis heute (noch) nicht gibt, waren die vergangenen Jahrzehnte durchaus eine Erfolgs- und auch Lerngeschichte mit nennenswerten Meilensteinen, die die künftige Arbeit des Bündnisses mittragen werden. Denn es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer gerechteren Welt – das wurde in der Schlussdiskussion einmal mehr festgestellt.

Das Jubiläums-Café war damit keineswegs ein melancholischer Rückblick, sondern vielmehr ein neuer Ansporn für die weitere Arbeit! Ein ganz herzlicher Dank geht an die zahlreichen Teilnehmenden und an alle, die unser Bündnis in den letzten zwei Jahrzehnten mitgetragen haben. **Auf die nächsten 20 Jahre erlassjahr.de!**

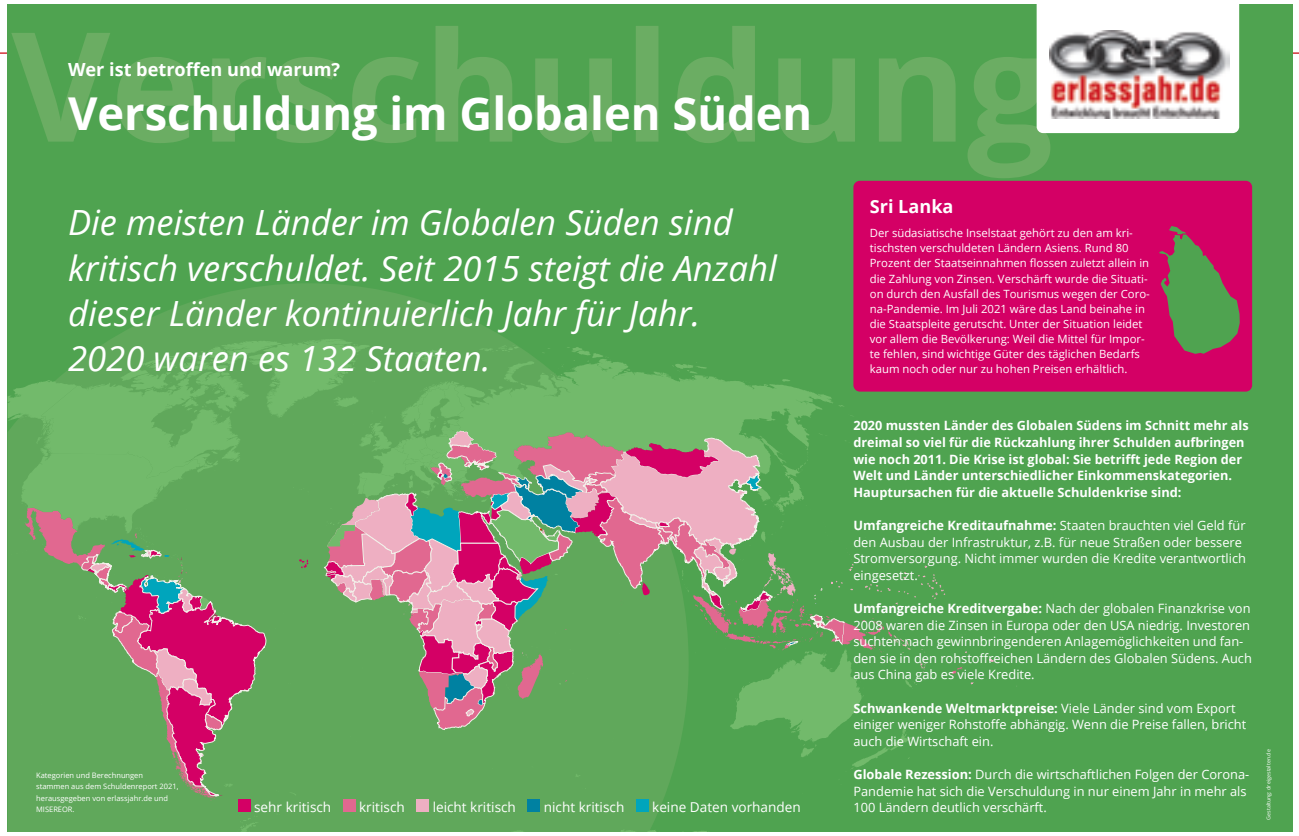
HÖRTIPP:

Podcast: **Schulden und... ein Vereinsjubiläum: 20 Jahre erlassjahr.de**

Zum 20. Jubiläum der Vereinsgründung erinnern sich Aktive von damals an die Anfänge der Entschuldungsbewegung. Petra Aschoff, Jan Christensen, Christiane Overkamp und Pedro Morazán nehmen euch mit auf eine spannende Reise zu den Ursprüngen von erlassjahr.de und der Kampagne „Erlaßjahr2000" rund um die Jahrtausendwende.

Was ein bunter Bus, ein Prophet namens „Elassia" oder ein Kölner Flurtelefon damit zu tun haben? Das erfahrt ihr in „SchuldenSchnitt" – dem Podcast von erlassjahr.de.

Zu hören überall, wo es Podcasts gibt, und auf unserer Website: *erlassjahr.de/produkt-kategorie/podcast/*.



Neue Poster-Ausstellung
„Entwicklung braucht Entschuldung“

Die neue Poster-Ausstellung bietet einen einfachen und spannenden Einstieg in die Themenschwerpunkte von erlassjahr.de. Jedes der Plakate setzt dabei einen eigenen Schwerpunkt zu einer konkreten Frage, wie etwa „Das Virus und die Schuldenkrise: Wegen Corona in die Pleite?“ oder „Nachhaltige Entwicklung und SDGs: Geht das ohne Schuldenerlasse?“. Anschaulich wird das Ganze durch Fallbeispiele kritisch verschuldeter Länder.

Die Poster können in der Größe DIN A2 oder A1 als kompletter Satz (15 Teile) oder einzeln bestellt werden und eignen sich damit sowohl für umfangreichere Ausstellungen als auch als informative Dekoration für Gemeindehäuser, Eine-Welt-Läden oder Schulklassen.

Der Eine Welt Kreis Salzkotten e.V. zeigte die Poster-Ausstellung im öffentlich zugänglichen Klostergarten und bot Führungen für Interessierte an. © privat

Hört rein!

SchuldenSchnitt – der Podcast von erlassjahr.de

Ganz neu im Netz: unser eigener Podcast! In „SchuldenSchnitt" sprechen wir über aktuelle Entwicklungen im Schuldenthema und über alles, was uns als Bündnis beschäftigt: zum Beispiel über die Rolle der G7 in der aktuellen Schuldenpolitik oder darüber, wer in Anbetracht der Klimakrise eigentlich wem etwas schuldet.

Zu hören überall, wo es Podcasts gibt, und auf unserer Website: *erlassjahr.de/produkt-kategorie/podcast/*.

Termine

Fachgespräch: Kredite für den Krieg? Staatsverschuldung und Konflikte im Globalen Süden
17.9.2022 | 10:30–15:00
Jugendherberge Magdeburg und online

Workshop: Globale Gerechtigkeit #stattSchuldendienst – Faire Entschuldung im Globalen Lernen
29.9.2022 | 15:00–18:00
Welthaus Stuttgart

erlassjahr.de-Jahrestagung 2022
14.10.2022 | 15:00 – 15.10.2022 | 15:00
Jugendherberge Göttingen
Alle Infos auf der hinteren Umschlagseite

Alle Termine findet ihr auf *erlassjahr.de/termine/*.

Ihr möchtet selbst eine Veranstaltung organisieren? Wir kommen gern zu euch und erklären die Wege in und aus Schuldenkrisen, diskutieren mit euch und berichten von unseren aktuellen Kampagnen. Meldet euch per E-Mail an *buero@erlassjahr.de*.

Folgt uns auf Instagram!

erlassjahr.de jetzt auch bei

Instagram!

Nach Facebook und Twitter haben wir in diesem Jahr nun einen dritten Kanal in den Sozialen Medien eröffnet: **Folgt uns jetzt auch bei Instagram!** Dort findet ihr spannende Infografiken zur Verschuldung einzelner Staaten und Regionen. Und in unseren Stories nehmen wir euch zu Aktionen und Veranstaltungen mit.

Wenn ihr – privat oder als Organisation – in den Sozialen Medien aktiv seid, freuen wir uns über ein Like: auf Facebook, Twitter und jetzt auch auf Instagram.

@erlassjahr

Das Team der Geschäftsstelle von erlassjahr.de in Düsseldorf | © erlassjahr.de

Hinter den Kulissen von erlassjahr.de
Dürfen wir vorstellen? Unser Team in Düsseldorf

Seit Oktober letzten Jahres ist unser Team wieder komplett! **Mara Liebal** ist aus der Elternzeit zurückgekehrt und teilt sich seitdem mit ihrer Vertretung **Elise Kopper** die Stelle für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die beiden sind zuständig für Website und Newsletter, Redaktion und Layout von Publikationen, die Sozialen Medien, die Pressearbeit, die Bildungsmaterialien und alles, was die Außendarstellung unseres Bündnisses angeht.

Kristina Rehbein und **Malina Stutz** sind für die fachliche und politische Arbeit verantwortlich: Sie schreiben Positionspapiere und Fachinformationen, führen Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen und vertreten unser Bündnis in bundesweiten und internationalen Netzwerken. Kristina ist als Geschäftsführerin und Büroleiterin außerdem der Kopf hinter den erlassjahr.de-Finanzen und hält alle wichtigen Fäden des Bündnisses zusammen.

erlassjahr.de-Mitgründer **Jürgen Kaiser** steht uns auch nach seinem offiziellen Eintritt in den Ruhestand im Februar 2021 als Politischer Berater zur Seite. Seine aktuellen Themenschwerpunkte sind die Schuldenumwandlung und die Region Lateinamerika und Karibik.

Celia Sudhoff ist eure Ansprechpartnerin für administrative Aufgaben wie die Mitträgerverwaltung und den Materialversand. Sie unterstützt darüber hinaus bei fachlichen Recherchen und bei allem, wo eine helfende Hand benötigt wird.

Eine enorme Bereicherung war auch im vergangenen Jahr wieder die Mitarbeit unserer Praktikant*innen! Wir danken ganz herzlich **Carmen Schlottermüller**, **Leo Maucher**, **Hiwet Luithlen**, **Emil Ekanayaka** und **Martin Mohn** für die Zeit und das Engagement, das sie uns und dem gesamten Bündnis geschenkt haben.

Praktikant*innen

Insbesondere für Studierende bieten wir Praktika in unserer Düsseldorfer Geschäftsstelle an. Falls ihr Interesse habt, sprecht uns gerne an!

Jetzt den **erlassjahr.de-Newsletter** abonnieren!

Mit dem elektronischen Newsletter von erlassjahr.de seid ihr immer auf dem Laufenden! Einmal pro Monat informieren wir über die aktuellen Entwicklungen in der internationalen Welt der Schulden, präsentieren neue Publikationen und kündigen aktuelle Termine und Aktionen an. Einfach per E-Mail an *buero@erlassjahr.de* oder per Klick auf *www.erlassjahr.de* für den Newsletter anmelden.

Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle

KRISTINA REHBEIN
Politische Koordinatorin
0211 / 46 93 -218
k.rehbein@erlassjahr.de

MALINA STUTZ
Politische Referentin
0211 / 46 93 -217
m.stutz@erlassjahr.de

JÜRGEN KAISER
Politischer Berater
0211 / 46 93 -217
j.kaiser@erlassjahr.de

ELISE KOPPER
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
e.kopper@erlassjahr.de

MARA LIEBAL
Öffentlichkeitsreferentin
0211 / 46 93 -211
m.liebal@erlassjahr.de

CELIA SUDHOFF
Verwaltung
0211 / 46 93 -196
c.sudhoff@erlassjahr.de

Bündnisrat und Lenkungskreis

Der ehrenamtliche **Bündnisrat (BR)** besteht aus bis zu 18 Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen sowie Einzelunterstützer*innen. Er wird einmal im Jahr durch die Mitträgerversammlung gewählt und erarbeitet gemeinsam mit dem hauptamtlichen Team die politische Strategie des Bündnisses.

Aus seiner Mitte wählt der BR einen fünfköpfigen **Lenkungskreis (LK)**, der die Funktion eines geschäftsführenden Vorstands wahrnimmt. Der LK ist insbesondere für Personal- und Finanzangelegenheiten verantwortlich.

Die Mitglieder der Gremien werden auf unserer Webseite vorgestellt: *erlassjahr.de/ueber-uns/gremien/*

Beide Gremien treffen sich viermal im Jahr und überwiegend digital. Die nächsten **Wahlen** stehen am 15. Oktober in Göttingen an. Kandidaturen aus dem Kreise der Mitträger und Einzelunterstützer*innen sind herzlich willkommen! Wir können garantieren: Die Mitarbeit bietet spannende politische Einblicke und eine sehr kollegiale Atmosphäre. Wer Interesse daran hat, melde sich gerne vorab bei uns im Büro.

Neue Studie:
Nie wieder einen Kredit?

Die im Zuge der Corona-Krise aufgelegten Entschuldungsinitiativen drohen zu scheitern, weil ärmere Länder zögern, sie in Anspruch zu nehmen. Ein Grund: Private Gläubiger behaupten, dass Schuldenerleichterungen zum Ausschluss vom Kapitalmarkt führen. Ob das tatsächlich der Fall ist, untersuchen Kristina Rehbein und Jürgen Kaiser in dieser Studie, die in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden ist.

Kostenloser Download unter: *erlassjahr.de/produktkategorie/studien/*
Die Studie ist auch auf Englisch erschienen.

JETZT ANMELDEN!

erlassjahr.de Jahrestagung

14.-15. Oktober 2022
Jugendherberge Göttingen

SCHWERPUNKT:
Die Rolle privater Gläubiger
in der globalen Schuldenkrise

Programm

Freitag, 14. Oktober 2022

14:30 Ankommen und Kaffee

TEIL I – SCHWERPUNKTTHEMA:
Die Rolle privater Gläubiger in der globalen Schuldenkrise

15:00 Einführung: Wer sind „die Privaten"?

16:00 Welche Rolle spielen private Gläubiger und ihre Institutionen in Schuldenkrisen?

17:00 Reformen oder Konfrontation: Wie umgehen mit privaten Gläubigern?

18:00 Abendessen

TEIL II – VERNETZUNG UND PLANUNG

19:00 Kennenlern-Runde

20:00 Blick auf die erlassjahr.de-Arbeit (Tischcafé)

21:00 Gemütliches Beisammensein

Samstag, 15. Oktober 2022

07:30 Morgenandacht

08:00 Frühstück

09:00 Vorstellung des erlassjahr.de-Haushaltes

09:30 Klima, Krieg und Pandemie:
Was wird aus der Schuldenkrise?
Ein Update zur globalen Verschuldungssituation

11:00 Arbeitsgruppen

12:30 Wahl des neuen Bündnisrats

13:00 Mittagessen

14:00 Bericht aus den Arbeitsgruppen, Verabredungen und Feedback zur Tagung

15:00 Ende der Jahrestagung

TEIL III – BÜNDNISRATSKLAUSUR *(ab 17:00 Uhr)*

ANMELDUNG:
www.erlassjahr.de/termin/jahrestagung2022

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211 4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de